

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 19.11.2009 um 18.40 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat May
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp
Stadträtin Wachter (für Bgmin. Regan)

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bgm. Christof

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt (bis 21.10 Uhr, Ziffer 7)

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger

Oberamtsrat Hartner
Bauamtsleiter Janner
Amtsrat Teichmann
Stadtplaner Neumann
Dipl.-Ing. Richter

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Herr Pfrenzinger

Frau Schlötter
Stadträtin Glos
Stadtrat Schardt
Stadtrat E. Müller
Stadtrat Popp
Stadtrat Steinruck
Stadtrat Sycha

Entschuldigt fehlten: Bürgermeisterin Regan

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

Oberbürgermeister Müller erkundigt sich nach Einwänden gegen die Tagesordnung.

Stadtrat Schmidt bittet bis zu einer Beschlussfassung im Stadtrat die noch fehlenden Unterlagen zu Tagesordnungspunkt 5 „Sonderlandeplatz Kitzingen; hier: Gründung eines Betriebes“ vorzulegen und bezieht sich auf den Stand des Genehmigungsverfahrens, den Stand der TÖB-Beteiligung sowie Aussagen zum Grundstückspreis des Flugplatzgeländes. Darüber hinaus bittet er den Geschäftsführer des Betriebes von Giebelstadt sowie den 1. Vorsitzenden des Luftsportclubs Giebelstadt zur Stadtratssitzung einzuladen, damit diese von ihren Erfahrungen in der Gründung des Betriebes berichten.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu. Gleichwohl bittet, er den Punkt heute zu behandeln und die Beschlussfassung im Stadtrat nach Vorlage der Unterlagen zu fassen.

Oberbürgermeister Müller bittet um Einverständnis, den Punkt 13 „Zuschuss an den Stadtmarketingverein für 2010 ff“ als Tagesordnungspunkt 1 zu behandeln.

Mit 13 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, den Tagesordnungspunkt 13 „Zuschuss an den Stadtmarketingverein“ vorzuziehen.

1. Städtischer Zuschuss an den Stadtmarketingverein für 2010 ff

- A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf die gegenwärtige Bezuschussung ein (Zuschuss gekoppelt an den Mitgliedsbeiträgen, max. 45.000,00 €, Bauhofsleistungen in Höhe von 5.112,00 €). Die Verwaltung spricht sich für die Beibehaltung der gegenwärtigen Regelung aus.

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, den Zuschuss an den Stadtmarketingverein auf 50.000,00 € inklusive aller sonstigen Leistungen festzulegen. Ausgenommen davon sollen alle Leistungen an den Verein sein, die in gesonderten Beschlüssen (z. B. Stadtfest) festgelegt wurden. Voraussetzung sein ein jährlicher Bericht des Vereins sowie ein Leistungskatalog, in dem die Leistungen des Vereins festgeschrieben sind. Eine weitere Voraussetzung sei die stetige finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt.

Stadtrat Moser freut sich über den Vorschlag der UsW, gleichwohl fand er die Kopplung an die Mitgliedsbeiträge sinnvoll, da hiermit der Stadtmarketingverein bemüht sein müsste, seine Mitglieder zu halten bzw. neue Mitglieder zu werben.

Stadträtin Schmidt ist der Auffassung, es bei der gegenwärtigen Regelung zu belassen, nachdem sich diese bewert habe.

2. Bürgermeister Christof stellt fest, dass die Unterstützung des Vereins lediglich eine Anschubfinanzierung darstellen sollte. Seiner Auffassung nach sollte man den weiteren Zuschuss an den Stadtmarketing in den Jahren 2010, 2011 und 2012 auf 35.000,000 €, 25.000,00 € bzw. 15.000,00 € staffeln. Ab 2013 ff. könnte der Zuschuss jeweils 15.000,00 € betragen. Darüber hinaus spricht er an, dass die Stadt einen Mitarbeiter für Marketing einstellen könnte, wodurch der Stadtrat eine bessere Kontrolle inne hätte.

Der Beschluss könnte erst gefasst werden, wenn die Leistungen des Stadtmarketingvereins festgelegt wurden.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung den Zuschuss an den Stadtmarketingverein in 2010 und 2011 auf 45.000,00 € (inkl. aller sonstigen Leistungen) festzulegen. Ab 2012 ff. sollte man sich über eine Reduzierung Gedanken machen, nachdem bereits bestehende Leistungsabsprachen nicht eingehalten wurden.

Oberbürgermeister Müller macht deutlich, dass durch städtisches Personal die Leistungen des Stadtmarketingvereins nicht erbracht werden könnten und man das ehrenamtliche Engagement des Vereins nicht unterschätzen dürfe. Der Verein habe in der Vergangenheit bewiesen, dass er durch seine Arbeit positive Akzente für die Stadt Kitzingen setzt. Aus diesem Grund wurde der städtische Zuschuss in den Vorjahren jeweils verlängert. Bei der folgenden Abstimmung ist zunächst über den Antrag von Stadtrat Schmidt abzustimmen.

Stadträtin Dr. Endres Paul stellt den Antrag, dass die anwesenden Vertreter des Stadtmarketingvereins zum Angesprochenen Stellung nehmen dürfen.

B. Mit 4 : 9 Stimmen

Dem Antrag von Stadträtin Dr. Endres-Paul auf Worterteilung der Vertreter des Stadtmarketingvereins wird stattgegeben.

C. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde.

Stadtrat Moser stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

D. Mit 11 : 2 Stimmen

Dem Antrag auf namentliche Abstimmung von Stadtrat Moser wird stattgegeben.

Oberbürgermeister Müller	Ja
Stadtrat Schmidt	Ja
Stadträtin Richter	Nein
Stadtrat May	Ja
Stadträtin Schwab	Ja
Stadtrat Moser	Ja
Stadträtin Dr. Endres-Paul	Ja
Stadträtin Kahnt	Ja
Stadträtin Wallrapp	Nein
Stadträtin Wachter	Nein
2. Bürgermeister Christof	Nein
Stadträtin Schmidt	Nein
Stadtrat Böhm	Nein

E. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass folgenden Beschluss mit 7 : 6 Stimmen gefasst wurde:

1. Der StMV erhält von der Stadt einen freiwilligen jährlichen Zuschuss i. H. v. 50.000,00 € für die Jahre 2010 – 2012.

2. Der Beschluss des Stadtrates vom 20.12.2001 über die jährliche Bereitstellung von städtischen Leistungen i. H. v. 10.000,00 DM (rd. 5.112,00 €) wird aufgehoben.
3. Die Bezuschussung des Stadtfestes wird hiervon nicht berührt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Stadtmarketingverein, die von ihm zu erbringenden Leistungen in einem gemeinsamen Gespräch zu vereinbaren.
5. Dem Stadtrat ist jährlich ein Tätigkeitsbericht vorzulegen.

F. Stadträtin Schmidt und Stadtrat Böhm geben zu Protokoll, dass sie nicht gegen den Zuschuss an den Stadtmarketingvereins gestimmt haben, sie sprechen sich vielmehr für die Beibehaltung der gegenwärtigen Lösung aus.

2. Umgestaltung Bahnhofsumfeld

Anträge der KIK-Fraktion vom 23.07.2009 und 25.08.2009

A. Antrag Nr. 47 der KIK-Fraktion – Vertragsverhandlungen im DB

Mit 13 : 0 Stimmen

Dem Antrag der KIK-Fraktion zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Bahn durch den Oberbürgermeister und den Bürgermeistern um Verbesserung der Strukturdefizite am Bahnhofsgebäude, den Verkehrsflächen und den Bahnsteigen zu erreichen, wird zugestimmt.

B. Antrag Nr. 54 der KIK-Fraktion – Städtebaulicher Wettbewerb ZOB und P+R

Mit 13 : 0 Stimmen

Dem Antrag zur Ausschreibung eines städtebaulichen Wettbewerbes um Gestaltungs- und Funktionsalternativen für die Problemstellung ZOB und P+R zu erlangen, wird zugestimmt.

C. Antrag Nr. 55 der KIK-Fraktion

Mit 13 : 0 Stimmen

Dem Antrag wird zugestimmt, die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für einen städtebaulichen Wettbewerb zur Erlangung von Gestaltungs- und Funktionsalternativen eines ZOB und P+R-Anlage zu erarbeiten und dem Stadtrat mit einem Zeitplan und Fördersummen vorzustellen.

D. Antrag Nr. 56 der KIK-Fraktion – Anzahl der P+R-Parkplätze

Mit 13 : 0 Stimmen

Dem Antrag zur Benennung der Mindestzahl von P+R-Plätzen wurde mit Einholung der neuen Prognose und Nennung von 230 bis 260 Stellplätzen für P+R am Bahnhof durch die Verwaltung Rechnung getragen. Ein Zeitplan ist nach der Grundsatzentscheidung des Stadtrates über die Bauform der P+R-Anlage (ebenerdig, Parkpalette oder Park-

haus) unter Berücksichtigung der Haushaltssituation durch die Verwaltung zu erstellen. Ebenso ist für die Anlage des ZOB zu verfahren.

E. Antrag Nr. 57 der KIK-Fraktion – Fördersummen

Ohne Abstimmung

Die im Antrag geforderten aktuellen Förderhöhen wurden im mündlichen Sachvortrag der Finanzausschusssitzung vom 05.11.2009 bzw. der Stadtratssitzung vom 12.11.2009 durch die Verwaltung benannt und werden vom Stadtrat zur Kenntnis genommen.

F. Antrag Nr. 58 der KIK-Fraktion – Planungsvarianten

Mit 11 : 2 Stimmen

- a. Dem Antrag der KIK zur groben Überplanung einer P+R-Anlage als Stufenanlage gemäß der vorhandenen Topographie neben weiteren Varianten des Bauamtes wird zugestimmt. Ergebnisse aus einem städtebaulichen Wettbewerb wären entsprechend zu berücksichtigen.
- b. Dem Antrag einer groben Überplanung einer P+R-Anlage als plane Anlage mit Verfüllung des Geländes neben weiteren Varianten des Bauamtes wird zugestimmt. Ergebnisse aus einem städtebaulichen Wettbewerb wären entsprechend zu berücksichtigen.
- c. Dem Antrag einer groben Überplanung einer P+R-Anlage als Parkpalette neben weiteren Varianten des Bauamtes wird zugestimmt. Ergebnisse aus einem städtebaulichen Wettbewerb wären entsprechend zu berücksichtigen.

G. Antrag Nr. 59 der KIK-Fraktion – Städtebaulicher Wettbewerb

Mit 10 : 3 Stimmen

Dem Antrag zur Auslobung eines offenen städtebaulichen Wettbewerbes für die P+R-Anlage im Bereich der Kleingärten sowie bei Bedarf unter Einbeziehung des ZOB's wird zugestimmt.

H. Antrag Nr. 60 der KIK-Fraktion – Verkehrstechnische Erschließung

Mit 9 : 4 Stimmen

Dem Antrag, die verkehrstechnische Erschließung einer P+R-Anlage unabhängig von den verkehrsrechtlichen und städtebaulichen Belangen der Gestaltung (ebenerdig, Parkpalette oder Parkhaus) auf den Flächen südlich des Bahnhofes ausschließlich über den Bahnhofplatz vorzunehmen, wird zugestimmt.

I. Antrag Nr. 61 der KIK-Fraktion

Mit 10 : 3 Stimmen

Dem Antrag, die verbleibenden Flächen der bestehenden Kleingartenanlage südlich des Bahnhofesgebäudes, außer den 5 bereits aufgelassenen Parzellen im Bebauungsplan P+R-Anlage als Flächen zur kleingärtnerischen Nutzung aufzunehmen, wird zugestimmt.

J. Antrag Nr. 64 der KIK-Fraktion – Städtebaulicher Wettbewerb

Mit 12 : 1 Stimmen

Dem Antrag zur Auslobung eines offenen städtebaulichen Wettbewerbes für den Bahnhofsvorplatz wird zugestimmt.

K. Antrag Nr. 65 der KIK-Fraktion – Verstellung der Konzepte

Ohne Abstimmung

Der Antrag zur Vorstellung des Konzeptes „Bahnhofsumfeld“ bei beteiligten Partnern bzw. übergeordneten Behörden wird zurückgestellt bis sich Neuerungen im Gesamtkonzept Bahnhofsumfeld ergeben bzw. ein Bedarf festgestellt wird.

L. Antrag Nr. 67 der KIK-Fraktion – Bürgerinformation

Ohne Abstimmung

Dem Antrag zur Bürgerinformation sowie die Abstimmung der Planung mit betroffenen Anliegern wurde im Sachvortrag der Finanzausschusssitzung vom 05.11.2009 bzw. der Stadtratssitzung vom 12.11.2009 Rechnung getragen. Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.

M. Antrag Nr. 68 der KIK-Fraktion vom 25.08.2009 – BPl. Friedenstraße Os

Nach kurzer Diskussion und der Feststellung, dass hierzu gegenwärtig kein Handlungsbedarf bestehe, zieht 2. Bürgermeister Christof diesen Antrag zurück und bittet die Verwaltung bei Bedarf selbst tätig zu werden.
Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

3. Antrag der UsW-Fraktion vom 21.05.2009 zur Entwicklung der Konversionsflächen

Mit 11 : 2 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag der UsW-Fraktion zur Einleitung von Änderungsverfahren des Flächennutzungsplans für die Konversionsstandorte Harvey Barracks, Larson Barracks und Marshall Heights zu.

4. Einleitungsbeschlüsse Änderungsverfahren des Flächennutzungsplanes im Bereich Harvey Barracks

Mit 12 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, die im ISEK (2006) vorgesehenen Entwicklungsrichtungen fortzuschreiben und dementsprechend die Flächennutzungsplan-Änderung einzuleiten.

3. Der Stadtrat beschließt, den Flächennutzungsplan der Stadt Kitzingen im Bereich Harvey Barracks auf einer Teilfläche nach § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB zu ändern **(31. Änderung)**. Die Teilfläche soll als gewerbliche Baufläche (G-Fläche) gem. § 1 Abs. 1 Nr. 3 BauNVO dargestellt werden. Die Abgrenzung des Änderungsbereiches ergibt sich aus dem beigefügten Lageplan.
4. Der Stadtrat beschließt, den Flächennutzungsplan der Stadt Kitzingen im Bereich Harvey Barracks auf einer Teilfläche nach § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB zu ändern **(32. Änderung)**. Die Teilfläche soll als gewerbliche Baufläche (G-Fläche) gem. § 1 Abs. 1 Nr. 3 BauNVO dargestellt werden. Die Abgrenzung des Änderungsbereiches ergibt sich aus dem beigefügten Lageplan.
5. Der Stadtrat beschließt, den Flächennutzungsplan der Stadt Kitzingen im Bereich Harvey Barracks auf einer Teilfläche nach § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB zu ändern **(33. Änderung)**. Die Teilfläche soll als gewerbliche Baufläche (G-Fläche) gem. § 1 Abs. 1 Nr. 3 BauNVO dargestellt werden. Die Abgrenzung des Änderungsbereiches ergibt sich aus dem beigefügten Lageplan.
6. Der Stadtrat beschließt, den Flächennutzungsplan der Stadt Kitzingen im Bereich Harvey Barracks auf einer Teilfläche nach § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB zu ändern **(34. Änderung)**. Die Teilfläche soll als Grünfläche gem. § 5 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 BauGB sowie als Fläche für den Luftverkehr gem. § 5 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 BauGB dargestellt werden. Die Abgrenzung des Änderungsbereiches ergibt sich aus dem beigefügten Lageplan.

5. Teilfortschreibung des ISEK

- A. Stadtplaner Neuman geht ausführlich auf die notwendige Fortschreibung des ISEK ein und stellt dar, dass diese umfassende Aufgaben an ein externes Büro vergeben werden sollte. Hierzu werde die Verwaltung entsprechende Angebote einholen. In Folgender Diskussion zum weiteren Vorgehen wird die Frage nach der hausinternen Umsetzung gestellt, nachdem hierzu auch entsprechende Stellen geschaffen wurden. Darüber hinaus wird der Zeitpunkt der Fortschreibung zu Bedenken gegeben, da sich in absehbarer Zeit auch im Zusammenhang mit der Änderung des Flächennutzungsplanes sowie den Rahmenplänen wieder Änderungen ergeben werden.
- Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass diese Aufgaben nicht von der Verwaltung erledigt werden können, nachdem hierbei auch wissenschaftliche Grunddaten erhoben werden müssten. Darüber hinaus erklärt er, dass das ISEK nicht an vorhandenen Gegebenheiten angepasst werden dürfe, sondern es das weitere Vorgehen der einzelnen Gebiete aufzeigen sollte. Bereits bestehende Planungen würden bei der Fortschreibung berücksichtigt werden.
- Stadträtin Wallrapp fragt nach möglichen Zuschüssen sowie der haushaltstechnischen Abwicklung.
- Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass im Grunde externe Leistungen durch das Programm „Stadtumbau-West“ abgedeckt seien, was die Regierung noch bestätigen müsse. Darüber hinaus sei ein Ansatz im Haushalt 2010 vorgesehen.

B. Mit 8 : 5 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Stadtrat beschließt die Teilfortschreibung des ISEK. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu Angebote von externen Büros einzuholen.

6. Sonderlandeplatz Kitzingen
hier: Gründung eines Betriebs

A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht kurz auf die Unterschiede zwischen einem Regiebetrieb und einer GmbH ein und stellt die Vorteile des Regiebetriebes dar (läuft innerhalb des Haushaltes, ohne Bilanzpflicht, Finanzausschuss und Stadtrat als Entscheidungsträger). Es sei vorgesehen zunächst einen Regiebetrieb als Betrieb gewerblicher Art zu gründen, der lediglich beim Finanzamt angezeigt werden müsste. Nachdem derzeit keine weiteren Partner an einem Betrieb beteiligt wären, sei der Regiebetrieb die sinnvollste Variante. Sobald Partner dazukämen, muss die Stadt eine GmbH gründen, wobei die Stadt an der zu gründenden Gesellschaft 51 % halten werde. Eine Umwandlung vom Eigenbetrieb zur GmbH sei ohne weiteres möglich.

2. Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass man zunächst die Rahmenbedingungen (Kauf Flugplatzgelände, Nachtflug, welche Investitionen nötig) festlegen sollte, bevor ein Betrieb gegründet werde. Er gibt zu Bedenken, dass die laufenden Kosten nicht ausreichend kalkuliert seien und stellt in Frage, ob ein Flugplatz eine Aufgabe einer Kommune, auch unter Beachtung der Daseinsvorsorge, sei.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass der Betrieb erst dann gegründet werde, wenn die Rahmenbedingungen mit der BIMA sowie dem Luftsportclub (Betriebsvereinbarung) feststehen. Diese würden vor einem Abschluss dem Stadtrat nochmals vorgelegt werden.

Oberbürgermeister Müller bittet diese Information zur Kenntnis zu nehmen und weist darauf hin, dass man den Geschäftsführer des Betriebes aus Giebelstadt sowie den 1. Vorsitzenden des dortigen Luftsportclubs zur nächsten Stadtratssitzung einladen werde.

B. Ohne Abstimmung

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

7. Antrag der Fa. ARO Immobilienverwaltung Nürnberg auf Änderung des Bebauungsplan Nr. 55 "Campingplatz"

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt, für den Bebauungsplan Nr. 55 „Campingplatz“ kein Änderungsverfahren einzuleiten.

8. Jubiläumszuschuss an Vereine und Verbände in Kitzingen

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit verweist Oberbürgermeister Müller die Angelegenheit ohne Abstimmung in den Stadtrat am 26.11.2009.

9. Finanzielle Abwicklung des Haushaltsjahres 2009:
Zwischenbericht

- A. Oberbürgermeister Müller bittet die Sitzungsvorlage zur Kenntnis zu nehmen.
Weiterführende Erläuterungen werden im Stadtrat erfolgen.

B. Ohne Abstimmung

Von dem der Sitzungsvorlage beigefügten Zwischenbericht zur Haushaltsabwicklung 2009 wird Kenntnis genommen.

10. Vermögensrechnung 2008

Ohne Abstimmung

Vom Ergebnis der Vermögensrechnung 2008 wird gem. Art. 102 GO i. V. m. §§ 76, 77 und 81 KommHV-Kameralistik Kenntnis genommen.

Ergebnis der Vermögensrechnung zum Jahresabschluss 2008:

1. Vermögensübersicht nach § 77 Abs. 2 Nr. 1, § 81 Abs. 1 und § 76 KommHV-Kameralistik

1.1	<u>Nachweis nach § 76 Abs. 1 KommHV-Kameralistik</u>	
1.1.1	Forderungen aus Geldanlagen (Allg. Rücklage)	6.299.732,38 €
1.1.2	Forderungen aus Darlehen	14.629.072,87 €
1.1.3	Beteiligungen	141.698,14 €
	(daneben 5,40 % Anteil aus kommunaler Trägerschaft für Sparkasse Mainfranken Würzburg und 4,69 % Anteil an der Giltholzgemeinschaft)	
1.2	<u>Nachweis nach § 76 Abs. 2 und 4 KommHV-Kameralistik</u>	
	(Anlagennachweise, Anlagevermögen kostenrechnender sowie anderer Einrichtungen, Restbuchwerte)	54.580.404,34 €
	Summe Ziffer 1:	<u>75.650.907,73 €</u>

2. Übersicht über Schulden und Rücklagen nach § 77 Abs. 2 Nr. 2, § 81 Abs. 2 KommHV-Kameralistik

2.1	<u>Schulden</u>	
	aus Krediten	16.923.636,99 €
	aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00 €
	Summe Ziffer 2.1	16.923.636,99 €
2.2	<u>Rücklagen</u>	
	Allgemeine Rücklage	10.798.701,94 €

Nachrichtlich:

- A) Das Bestandsverzeichnis nach § 75 Abs. 1 KommHV-Kameralistik wurde erstellt (Grundstücke und bewegliches Vermögen).
Zum 31.12.2008 betrug die Grundstücksfläche 8.345.553 m². Der Bodenwert der bebauten und unbebauten Grundstücke betrug zum 31.12.2008

	50.782.965,43 €
davon im Anlagennachweis erfasst:	<u>- 8.854.572,00 €</u>
Differenz:	41.928.393,43 €

Das Vermögen der Grundstücke zum Bodenwert wurde um die im Anlagennachweis enthaltenen Grundstücke bereinigt, da das Bestandsverzeichnis nach § 75 KommHV-Kameralistik sämtlichen Grundbesitz der Stadt Kitzingen erfasst (keine Doppelerfassung).

Zum 31.12.2008 wurde erstmals das Städtische Museum mit Archiv bewertet.

- B) Bürgschaften: die Restschuld der Kredite, für die die Stadt Kitzingen die Bürgschaft übernommen hat, betrug zum 31.12.2008 2.364.328,29 €
davon für Kitzinger BauGmbH: 1.571.825,76 €
davon für Stadtbetriebe Kitzingen GmbH: 792.502,53 €

Zusätzlich bestehen je eine Bürgschaft zugunsten der Kitzinger BauGmbH und der Stadtbetriebe Kitzingen GmbH für die Zusatzversorgung bei der Bayer. Versicherungskammer, die der Höhe nach nicht beziffert werden können.

- C) Zu Beginn des Haushaltsjahres betrug die Allgemeine Rücklage 6.299.732,38 €. Im Haushaltsjahr 2008 konnten der Allgemeinen Rücklage 4.498.969,56 € zugeführt werden, so dass deren Stand zum Jahresabschluss 10.798.701,94 € betrug.

Verwendet wurde die Allgemeine Rücklage zum Jahresabschluss wie folgt:

Innerer Kassenkredit:	4.498.969,56 €
Festgelder bei der Sparkasse Mainfranken Würzburg:	6.299.732,38 €

- D) Reinvermögen zum Jahresabschluss 2008:
- | | |
|--|--------------------------|
| Bestand der Girokonten | 955.931,83 € |
| Geldanlagen der Kasse | 6.501.030,44 € |
| Innerer Kassenkredit | 4.498.969,56 € |
| Forderungen aus Geldanlagen (Ziffer 1.1.1) | 6.299.732,38 € |
| Forderungen aus Darlehen (Ziffer 1.1.2) | 14.629.072,87 € |
| Beteiligungen (Ziffer 1.1.3) | 141.698,14 € |
| Vermögen lt. Anlagennachweis (Ziffer 1.2) | 54.580.404,34 € |
| Grundstücke/Bodenwert (Buchst. A) | <u>41.928.393,43 €</u> |
| Zwischensumme | 129.535.232,99 € |
| Schulden (Ziffer 2.1) | - <u>16.923.636,99 €</u> |
| Reinvermögen | <u>112.611.596,00 €</u> |

11. Haushaltsüberschreitung

Dringlichkeitsentscheidung gem. Art. 37 Abs. 3 GO

Ohne Abstimmung

Es wird davon Kenntnis genommen, dass für das Rechnungsjahr 2009 eine Haushaltsüberschreitung bei

HSt.	Bezeichnung	Haus- haltsan- satz	Überschrei- tungs- betrag
<u>VwHh:</u> 0331	Verzinsung von Steuererstat-	60.000,00	64.410,00 €

8412	tungen - Gewerbesteuer	€
------	---------------------------	---

genehmigt wurde.

Die Deckung erfolgte durch Ausgabeneinsparungen bei HSt. 9000 8321 - Kreisumlage.

12. Haushaltsüberschreitung

Mit 12 : 0 Stimmen

Dem Antrag auf Genehmigung einer Haushaltsüberschreitung für das Rechnungsjahr 2009 bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VmHh:</u> 5900 9581	Natur in der Stadt; Kleine Gartenschau HAR aus Vorjahren	1.400.000,00 € 20.000,00 € <u>1.420.000,00 €</u>	800.000,00 €

wird stattgegeben.

Die Deckung erfolgt durch Ausgabeneinsparungen bei HSt. 6309 9501 - Nordtangente.

13. Städt. Waldbesitz

Ohne Abstimmung

Es wird Kenntnis davon genommen, dass im Wege der Dringlichkeit von Herrn Oberbürgermeister die Ausschreibung für die Durchforstung einer Fläche von ca. 9,6 ha in den städt. Waldabteilungen „Klingenbuck“ und „Unteres Tännig“ genehmigt wurde und dem wirtschaftlichsten Angebot der Zuschlag erteilt wird.

14. Ersatzneubau der Brücke über den Main zur Mondseeinsel Vergabe von Ingenieurleistungen nach HOAI

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die vorangegangene nichtöffentliche Beratung und ergänzt den Beschlussentwurf insoweit, im Wege der Verhandlung den Mindestsatz der alten HOAI hinsichtlich der örtlichen Bauüberwachung durchzusetzen
Stadtrat Schmidt fragt nach der Möglichkeit, dies hausintern abzuwickeln, worauf Bauamtsleiter Janner antwortet, dass dies derzeit nicht zu leisten sei und sagt eine Nachverhandlung zu.

B. Mit 11 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wurde Kenntnis genommen.

2. Der Vergabe der Ingenieurleistungen an das Ingenieurbüro Weimann Baur Consult, Dettelbach für die Objektplanung, die Örtlicher Bauüberwachung sowie die Tragwerksplanung auf der Grundlage des Honorarangebotes vom 15.10.2009 in Höhe von 101.102,83 € wird zugestimmt. Hinsichtlich der örtlichen Bauüberwachung soll im Wege der Nachverhandlung versucht werden, den Mindestsatz der alten HOAI durchzusetzen.

15. Anfrage von Stadträtin Wallrapp

Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses in Sachen CDM

Stadträtin Wallrapp fragt nach wann die Empfehlung an den Stadtrat in Sachen CDM erfolgen kann, so wie man es im Rahmen der Rechnungsprüfungsausschusssitzung festgelegt habe.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dies in der nächsten Stadtratssitzung am 26.11.2010 unter der Vorraussetzung, dass die Tagesordnung abgearbeitet wurde, unter Sonstiges mündlich erfolgen könne.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.15 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer